

Landespressekonferenz am 02.06.2025, 11.00 Uhr, Stuttgart  
Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung

## **„Inklusion aus Sicht der Lehrkräfte in Baden-Württemberg – Meinungen, Einstellungen und Erfahrungen“**

Durchgeführt im Auftrag des VBE Baden-Württemberg  
Sprechzettel Gerhard Brand  
Landesvorsitzender VBE Baden-Württemberg  
Bundesvorsitzender VBE

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Kind mit Autismus, das oftmals auf Ruhe angewiesen ist. Eines mit körperlicher Beeinträchtigung, das den dritten Stock nicht erreicht. Ein weiteres, das sprachliche Förderung braucht. Dazu noch weitere 25 Schülerinnen und Schüler. Und davor eine Lehrkraft – engagiert, aber auf sich gestellt und am Limit.

Was hier beschrieben wird, ist kein Ausnahmefall. Es ist Alltag an vielen Schulen in Baden-Württemberg. Alltag für Lehrkräfte, die Inklusion mit großem Einsatz tragen – aber oft nicht mehr können, da die nötige Unterstützung fehlt. Inklusion ist gesetzlich längst verankert – doch die Wirklichkeit an den Schulen sieht oft anders aus.

Dabei ist klar: Inklusion ist kein nettes Extra und kein pädagogisches Wunschbild. Inklusion in der Schule heißt: Eltern haben ein qualitatives Wahlrecht, zu entscheiden, ob ihr Kind mit Behinderung eine inklusive Klasse an einer Regelschule besucht oder an einem Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum unterrichtet wird.

Die politische Willensbekundung allein reicht nicht aus. Inklusion braucht tragfähige Strukturen, ausreichend Ressourcen und qualifiziertes Personal. Und vor allem braucht sie eine ehrliche Bestandsaufnahme der aktuellen Situation. Wer Inklusion ernst nimmt, muss auch die Rahmenbedingungen schaffen, damit sie gelingt. Denn ohne diese Voraussetzungen wird das Recht auf Inklusion zur Pflicht und führt zur Überforderung – für die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler gleichermaßen.

Es geht um nichts weniger als die gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder am gemeinsamen Lernen. Und dennoch – trotz aller Bekenntnisse und Gesetze – klafft eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Täglich füllen Lehrkräfte diese Lücke – mit unermüdlichem Einsatz, mit Kreativität, aber oft bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Seit 2015 befragen wir regelmäßig Lehrkräfte zur schulischen Inklusion. Die aktuellen Ergebnisse basieren auf 2.737 Stimmen, davon 500 aus Baden-Württemberg. Und sie zeichnen erneut ein ernüchterndes Bild. Sechzehn Jahre nach Ratifizierung der UN-

Behindertenrechtskonvention ist die Inklusion an unseren Schulen noch immer nicht angekommen. Die Gelingbedingungen sind nicht vorhanden.

Wir wollten wissen: Wie erleben Lehrkräfte Inklusion im Schulalltag? Welche Herausforderungen sehen sie? Und was fehlt im System, damit Inklusion gelingen kann?

Diese Umfrage gibt uns einen unverstellten Blick in den Schulalltag – fernab von politischen Sonntagsreden, aber dafür umso näher an der Realität in unseren Klassenzimmern.

## **Erhalt der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren**

**[Chart 1]** Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Die meisten Lehrkräfte befürworten schulische Inklusion grundsätzlich. Aber wenn es um die Praxis geht, sieht das anders aus. **[Chart 2]** Fast dreiviertel aller Lehrkräfte (74 Prozent) spricht sich dafür aus, Kinder mit speziellem Förderbedarf an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zu unterrichten, da dies als praktisch sinnvoller erachtet wird. Auch Lehrkräfte, die selbst inklusiv unterrichten, sprechen sich mit 70 Prozent mehrheitlich für den Erhalt von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren aus. Ihre Einschätzung basiert nicht auf Theorie oder Ideologie – sondern auf praktischen Erfahrungen aus dem Schulalltag.

Besonders ausgeprägt ist diese Haltung an den Grundschulen. Dort sprechen sich acht von zehn Lehrkräften (79 Prozent) gegen die gemeinsame Unterrichtung aus. Grundschulklassen sind in der Regel ohnehin stark heterogen zusammengesetzt – etwa hinsichtlich sprachlicher Fähigkeiten, sozialer Herkunft und familiärer Voraussetzungen. Kommt zusätzlich ein sonderpädagogischer Bildungsbedarf hinzu, geraten viele Lehrkräfte und Schulen an die Grenzen des Leistbaren.

Die Ergebnisse ähneln denen aus dem Jahr 2020 – und sie sprechen eine deutliche Sprache: Selbst Lehrkräfte mit Inklusionserfahrung sehen den Fortbestand der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren als notwendig an. Denn die Praxis zeigt, dass viele Kinder an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren einen Unterstützungsbedarf haben, der weit über den normalen Schulalltag hinausgeht. Dazu gehören beispielsweise intensive Gespräche mit den Eltern, regelmäßiger Austausch mit dem Jugendamt oder die Zusammenarbeit mit therapeutischen Einrichtungen. Diese Aufgaben erfordern Zeit, spezielles Fachwissen und zusätzliche personelle Ressourcen – die in den meisten Fällen nicht ausreichend vorhanden sind. Wenn man diese Realität ignoriert, führt das nicht nur zu einer unzureichenden Förderung der betroffenen Kinder, sondern auch zu einem Vertrauensverlust der Lehrkräfte gegenüber einem System, das ihnen für diese Herausforderungen keine verlässlichen Lösungen und Unterstützungsangebote bietet.

## **Barrierefreiheit**

Auch die bauliche Situation an unseren Schulen stellt sich als entscheidende Hürde heraus. Kann man von Chancengleichheit sprechen, wenn viele Schulgebäude nicht barrierefrei sind? Und somit nicht für Kinder mit speziellem Förderbedarf ausgelegt sind? Auch diesem Aspekt sind wir nachgegangen.

Ein erheblicher Teil der befragten Lehrkräfte berichtet, dass ihre Schulgebäude nicht auf die Bedürfnisse von Kindern mit speziellem Förderbedarf ausgelegt sind. **[Chart 3]** So gibt fast die Hälfte (43 Prozent) der befragten Lehrkräfte an, dass ihre Schule überhaupt nicht barrierefrei sei. Besonders alarmierend ist die Lage an den Grundschulen: Dort betrifft es sogar über die Hälfte aller Schulen (53 Prozent). Nur 19 Prozent aller Schulen gelten als vollständig barrierefrei, weitere 37 Prozent als weitgehend barrierefrei. Diese Zahlen decken sich mit dem Bundesdurchschnitt, in vielen anderen Bundesländern sieht es also leider auch nicht besser aus. Besonders ernüchternd: Auch an Schulen, an denen inklusiver Unterricht stattfindet, sagt fast jede vierte Lehrkraft (38 Prozent), dass ihre Schule nicht barrierefrei sei.

Diese Zahlen machen deutlich: Der bauliche Zustand vieler Schulen lässt eine echte inklusive Beschulung überhaupt nicht zu. Doch Inklusion muss weit über die Barrierefreiheit für Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen hinausgehen. Auch die speziellen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern mit Autismus oder sensorischen Wahrnehmungsstörungen müssen berücksichtigt werden – beispielsweise durch schalldichte oder reizreduzierte Räume. Denn Inklusive Bildung bedeutet, Lernumgebungen so zu gestalten, dass sie für alle Kinder zugänglich und förderlich sind, unabhängig von ihrer individuellen Beeinträchtigung. Nur so kann echte Teilhabe gelingen.

### **Schülerzahl in inklusiven Klassen**

Nicht nur bauliche Rahmenbedingungen spielen eine Rolle bei der Ausgestaltung von Inklusion an unseren Schulen, auch die Klassengröße ist ein entscheidender Faktor. **[Chart 4]** Seit 2017 ist die durchschnittliche Schülerzahl selbst in inklusiven Klassen um rund drei Schülerinnen und Schüler (2,5) gestiegen und liegt nun bei rund 20 Schülerinnen und Schülern pro Klasse. Bundesweit liegt der Durchschnitt mit 19 etwas niedriger – doch auch hier ist der Trend über die Jahre verglichen eindeutig: Die Klassen wachsen, auch dort, wo zusätzliche sonderpädagogische Anforderungen bestehen. Das bedeutet konkret: In vielen Lerngruppen treffen deutlich heterogenere Bildungsbedarfe auf gleichbleibende oder sogar gestiegene Gruppengrößen.

Besonders problematisch ist, dass die Klassengrößen zwischen inklusiven und nicht-inklusive Klassen in der Regel nicht differenziert werden. 77 Prozent, also mehr als dreiviertel aller Lehrkräfte, die an Schulen mit inklusiven Lerngruppen unterrichten, berichten, dass es keine Unterschiede in der Klassengröße zwischen inklusiven und nicht-inklusive Klassen gibt. Im Bundesdurchschnitt ist dieser Wert deutlich niedriger (62 Prozent).

Die Zahlen zeigen: In Baden-Württemberg wird auf den höheren Bildungsbedarf in inklusiven Klassen kaum reagiert – weder durch kleinere Gruppen noch durch zusätzliches Personal. Das überlastet Lehrkräfte und geht zulasten der Förderung der Kinder.

### **Fort- und Ausbildung**

Doch nicht nur die Anzahl der Schülerinnen und Schüler beeinflusst den Erfolg inklusiven Unterrichts. Mindestens genauso wichtig ist die Frage, ob die Lehrkräfte für diese Aufgabe ausreichend qualifiziert und vorbereitet sind.

Unsere Umfrage macht eine große Schwachstelle sichtbar: Ein Drittel der Lehrkräfte (30 Prozent), die inklusiv unterrichten, haben noch nie an einer Fortbildung speziell zur

Inklusion teilgenommen. Bei fast der Hälfte der Befragten (47 Prozent) geschah dies nur teilweise. Auch begleitende Qualifizierungen sind die Ausnahme: Acht von zehn Lehrkräften (78 Prozent) nehmen keine oder nur begrenzte begleitende Unterstützungsangebote wahr. Besonders bedenklich: Im Vergleich zu 2016 ist der Anteil der Lehrkräfte, die berufsbegleitend eine solche Fortbildung wahrnehmen, sogar gesunken.

Fast die Hälfte der Lehrkräfte (48 Prozent), die selbst inklusiv unterrichten, gibt an, nicht über die nötigen sonderpädagogischen Kenntnisse zu verfügen, weitere 38 Prozent nur eingeschränkt. Nur 12 Prozent der Befragten bringen eine fundierte sonderpädagogische Qualifikation mit – 2016 waren es noch doppelt so viele. Und Dreiviertel der inklusiv unterrichtenden Lehrkräfte (76 Prozent) berichten, dass Inklusion in ihrer Ausbildung keine Rolle gespielt habe.

Diese Zahlen sprechen für sich: Inklusion wird an den Regelschulen aktuell häufig ohne die nötige fachliche Basis umgesetzt. Deshalb fordern wir einen klaren Paradigmenwechsel: Die Verantwortung für die Beschulung von Kindern mit speziellem Förderbedarf muss wieder stärker in die Hände von sonderpädagogischen Fachkräften gelegt werden – denn nur sie bringen die umfassende spezifische Expertise mit, um diesen Kindern gerecht zu werden. Gleichzeitig braucht es gezielte Fortbildung, mehr Zeit und bessere Rahmenbedingungen für alle Beteiligten.

### **Multiprofessionelle Teams**

Damit Inklusion an Schulen gelingt, braucht es zudem ein starkes Netzwerk aus Fachkräften, die gemeinsam Hand in Hand arbeiten. Multiprofessionelle Teams sind aus unserer Sicht unerlässlich. Doch genau an dieser Stelle zeigt sich ein gravierender Mangel im baden-württembergischen Schulsystem: **[Chart 5]** Sechs von zehn der befragten Lehrkräfte aus Baden-Württemberg (60 Prozent) berichten, dass es an ihren Schulen kein solches Team gibt. Im bundesweiten Vergleich betrifft dies nur knapp die Hälfte der Lehrkräfte (49 Prozent) – ein signifikanter Rückstand, der die strukturellen Defizite in Baden-Württemberg sichtbar macht.

Selbst an den Schulen, an denen entsprechende Fachkräfte vorhanden sind, ist ihre Verfügbarkeit stark eingeschränkt: Nur rund ein Fünftel (21 Prozent) der Befragten gibt an, dass Mitglieder des multiprofessionellen Teams an jedem Schultag durchgängig zur Verfügung stehen. Der am häufigsten genannter Wert – mit 22 Prozent – ist eine zeitweise Präsenz an ausgewählten Schultagen. Eine kontinuierliche Begleitung im Schulalltag, die für viele Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf essenziell wäre, ist damit nicht gewährleistet.

Besonders alarmierend ist: An zehn Prozent der Schulen in Baden-Württemberg steht überhaupt kein unterstützendes Fachpersonal zur Verfügung. Das bedeutet, dass Lehrkräfte dort alle Aufgaben der Förderung, Differenzierung und sozialen Begleitung allein stemmen müssen – ein Zustand, der nicht nur die Qualität inklusiven Unterrichts gefährdet, sondern auch die Belastungsgrenzen der Lehrkräfte dauerhaft überstrapaziert.

### **Digitalisierung und digitale Ausstattung an Schulen**

Digitale Infrastruktur ist für gelingende Inklusion an Schulen ein zentraler Erfolgsfaktor. Zum ersten Mal wurde in der Umfrage die Ausstattung mit digitalen Endgeräten als Grundlage für individuelles Lernen erfasst. Denn digitale Technologien ermöglichen es, flexibel auf unterschiedliche Bildungsbedarfe einzugehen, beispielsweise in Form von Lern-Apps und Spielen. Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen können sich beispielsweise Aufgaben vorlesen lassen oder Inhalte in anderer Form darstellen – eine echte Unterstützungsmöglichkeit im Unterrichtsalltag.

Soweit die Theorie. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Nur 18 Prozent der Lehrkräfte berichten von vollständigen Klassensätzen an Laptops, Tablets oder Smartphones. Bei Dreiviertel der Befragten (75 Prozent) gibt es diese nur teilweise, und sechs Prozent verfügen gänzlich nicht darüber. Baden-Württemberg liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt.

Diese Zahlen verdeutlichen: Die Potenziale der Digitalisierung für inklusivere Bildung sind erkannt und werden von den Lehrkräften aktiv genutzt. Häufig scheitert die Umsetzung jedoch an unzureichender technischer Ausstattung und fehlenden strukturellen Rahmenbedingungen. Ohne eine bessere digitale Infrastruktur kann das volle Potenzial digitaler Hilfsmittel für die Inklusion nicht ausgeschöpft werden.

### **Fazit und konkrete Forderungen**

Die aktuelle Forsa-Umfrage unter 500 Lehrkräften in Baden-Württemberg verdeutlicht: Inklusion bleibt eine große Herausforderung für die Schulen. Zwar befürwortet noch die Mehrheit der Lehrkräfte die gemeinsame Beschulung, doch dieser Wert ist seit der ersten Inklusions-Umfrage 2015 rückläufig. Gleichzeitig hat es nie eine erkennbare Tendenz unter den Lehrkräften gegeben, die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren abzuschaffen. Diese sind ein zentraler Stützpfeiler und Basis sonderpädagogischer Expertise sowie des Austauschs. Inklusives Unterrichten wird durch Personalmangel, unzureichende Ausstattung und steigende Klassengrößen erheblich erschwert. Zudem ist nahezu die Hälfte der Schulen nicht barrierefrei. Mangelnde Fortbildungen und fehlende multiprofessionelle Teams verstärken die Probleme.

#### Unsere Forderungen lauten:

1. Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren müssen zwingend erhalten bleiben und mit allen notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, die ein Arbeiten auf hohem Niveau erforderlich machen. Auch der Lehramts-Studiengang Sonderpädagogik muss zwingend erhalten bleiben.
2. Die Verantwortung für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischen Bildungsbedarfen muss weiterhin bei den Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen liegen. In inklusiven Klassen fordern wir eine bedarfsgerechte Doppelbesetzung, orientiert an den Bedürfnissen der Kinder.
3. Lehrkräfte, die in inklusiven Settings tätig sind, sollten im Vorfeld umfassend, qualitativ hochwertig und nachhaltig fortgebildet werden, um optimal auf die anspruchsvollen Herausforderungen ihrer Aufgabe vorbereitet zu sein. Dafür und für viele Koordinierungsgespräche und Abstimmungsprozesse braucht es feste Anrechnungsstunden.

4. Bei inklusiver Beschulung muss die Klassengröße reduziert werden und darf 20 Schülerinnen und Schüler nicht überschreiten. Die Unterstützung im inklusiven Unterricht sollte zudem individuell an Art und Schwere der Behinderung angepasst werden.
5. Schulen mit inklusiven Klassen müssen barrierefrei gestaltet sein und durch multiprofessionelle Teams flächendeckend unterstützt werden.